



Protokoll der 23. Sitzung des Einwohnerrates

vom 13. Dezember 2006, 16.00 Uhr, im Stadtsaal / Rathaus

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: Elisabeth Augstburger, Paul Finkbeiner, Stefan Saladin, Danielle Schwab

| Traktanden | Laufnummer |
|---|------------------------------------|
| 1. Berichte des Stadtrates, der Finanzkommission und der Bau- und Planungskommission zum Finanzplan 2007-2011 <i>://: Zur Kenntnis genommen.</i> | 2006/104 2006/104a 2006/104b |
| 2. Berichte des Stadtrates, der Finanzkommission und der Bau- und Planungskommission zum Voranschlag 2007 <i>://: Genehmigt.</i> | 2006/120 2006/120a 2006/120b |
| 3. Bericht des Stadtrates zum Jahresprogramm 2007 <i>://: Vertagt.</i> | 2006/123 |
| 4. Bericht des Stadtrates betreffend Abschreibung von Motionen und Postulaten <i>://: Die dringliche Motion Nr. 02/118 wird nicht abgeschrieben. ://: Die übrigen Anträge des Stadtrates werden genehmigt.</i> | 2006/126 |
| 5. Bericht des Stadtrates betreffend Kommunalfahrzeug - Ersatzanschaffung <i>://: Genehmigt.</i> | 2006/125 |
| 6. Schriftliche Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Astrid Basler namens der Grünen Fraktion betreffend Alte Deponie Rankweg <i>Erledigt.</i> | 2006/97 2006/97a |
| 7. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Heidenlochstrasse, Ausbau von Grammetstrasse bis Cheddite – Projekt- und Kreditgenehmigung; Beschlussfassung über Bau- und Strassenlinienplan <i>://: Genehmigt.</i> | 2006/93 2006/93a 2006/93b |
| 8. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Claudia Roche namens der SP-Fraktion betreffend einen guten Standort für den Bauernmarkt <i>Vertagt.</i> | 2006/84 2006/84a |
| 9. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Corinne Ruesch namens der Grünen Fraktion betreffend Cercle Indicateurs <i>Vertagt.</i> | 2006/117 |

10. Bericht des Stadtrates betreffend Bestattungs- und Friedhofreglement, 2006/109a
Teilrevision – Aufnahme von Doppelerdbestattungsgräbern
://: An die GoR überwiesen.
11. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Adrian Mächler namens der 2005/73
FDP-Fraktion betreffend Steinenbrüggli 2005/73a
Vertagt.
12. Postulat von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion betreffend 2006/121
Trägerschaft Kinderkrippenplätze
Vertagt.
13. Postulat von Paul Pfaff, Elisabeth Augstburger und Claudio Wyss na- 2006/122
mens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Bestattung von Muslimin-
nen und Muslimen
Vertagt.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen Dezember-Einwohnerratssitzung.

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 01. November 2006

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt und verdankt.

Mitteilungen der Ratspräsidentin

- Das Rathaus untersteht seit einigen Wochen einem erhöhten Sicherheitsstandard und wird mit einer Videokamera überwacht. Grund für die Massnahme sind Drohungen gegen die Stadt im Zusammenhang mit der möglichen Schaffung eines muslimischen Grabfeldes. Die Stadt hat Strafanzeige erstattet. Obwohl die Bedrohungssituation nicht akut ist, stehen die Teilnehmenden der heutigen Sitzung unter Polizeischutz.
 - Doris Greiner (SP) nimmt heute zum letzten Mal an einer Einwohnerrats-Sitzung teil. Ihr Nachfolger ist Matthias Zimmermann. Er wird ab Januar 2007 ihren Platz einnehmen.
 - Die Sitzung von heute dauert maximal bis 19.30 Uhr. Anschliessend gibt es einen Apéro im Rathaus. Ab 20 Uhr findet das Weihnachtsessen des Einwohnerrates im Café Mühleisen statt.
-

Mitteilungen des Ratsbüros

- Das Büro wurde beauftragt, die konstituierende Sitzung der interfraktionellen parlamentarischen Integrationsgruppe einzuberufen. Diese Sitzung hat am 01. Dezember 2006 stattgefunden. Die Gruppe heisst jetzt der Einfachheit halber „Einwohnerrätliche Integrationsgruppe“. Ihr gehören Elisabeth Spiess, Claudio Wyss, Orla Oeri-Devereux und Hans Brodbeck an. Die Gruppe wird so bald wie möglich mit dem MigrantInnenforum zusammenkommen. Sie arbeitet zwar im Auftrag des Einwohnerrates, ist aber keine Kommission. Das bedeutet, dass diese Aufgabe derzeit ehrenamtlich erledigt wird. In einem Jahr wird der Rat in einem Bericht über die Arbeit der Integrationsgruppe informiert.
-

Als **Stimmzähler/innen** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- | | |
|-------------------|------------------------------|
| - Susanne Greiner | Seite FDP |
| - Vreni Wunderlin | Seite SP, Grüne, Fraumättler |
| - Adrian Mächler | Mitte, Büro |
-

Neue persönliche Vorstösse

- Interpellation von Sabine Sutter namens der FDP-Fraktion betreffend Plakatsäulen (Nr. 2006/124);
- Interpellation von Hanspeter Stoll namens der SP-Fraktion betreffend Veränderungen in der Schullandschaft Liestal (Nr. 2006/127);
- Interpellation von Franz Kaufmann namens der SP-Fraktion betreffend Erschliessung Gräubern (Nr. 2006/128);
- Interpellation von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion betreffend die Mütter- und Väterberatungsstelle Liestal (Nr. 2006/129).

Mitteilungen des Stadtrates

- Stadtpräsidentin Regula Gysin sagt, das Audit über die Reorganisation der Sozialen Dienste habe stattgefunden, der Bericht liege vor. Der Stadtrat arbeite an einer Vorlage. Der Einwohnerrat werde wieder informiert.
- Stadtrat Ruedi Riesen gibt bekannt, er habe drei positive Mitteilungen zu machen. Mit dem Quartierplan Bahnhof 2 gehe man bereits im Februar 2007 in das Mitwirkungsverfahren. Beim Quartierplan Bücheli befinde man sich in Verhandlungen um den Baurechtsvertrag. Betreffend Ausbau des Kantinenwegs sei man in den letzten Einspracheverhandlungen. Der Baubeginn werde auf Sommer 2007 erwartet.

Traktandenliste

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) teilt mit, es liege ein Antrag auf Vertagung von Traktandum 13 (Postulat von Paul Pfaff, Elisabeth Augstburger und Claudio Wyss namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Bestattung von Musliminnen und Muslimen, Nr. 2006/122) vor, da Elisabeth Augstburger den Vorstoss vertrete, heute aber nicht anwesend sei.

Regula Nebiker (SP) fügt hinzu, die SP-Fraktion beantrage die Vertagung von Traktandum 3 (Jahresprogramm 2007, Nr. 2006/123) auf die Januar-Sitzung.

Adrian Mächler (FDP) erkundigt sich, weshalb diese Vertagung gewünscht werde.

Regula Nebiker (SP) erwidert, es würde sich lohnen, sich eingehender mit dem neuen Jahresprogramm zu befassen. Die SP-Fraktion wolle es nicht einfach nur durchwinken.

Adrian Mächler (FDP) gibt zurück, er könne dem folgen. Er könne allerdings nicht verstehen, dass man das Budget in sehr kurzer Zeit durchpeitschen solle und dann auch noch das Jahresprogramm. Die Verwaltung habe hier nicht gut gearbeitet, seine Fraktion sei sauer.

://: Die Behandlung des Jahresprogramms 2007 wird mit 22 Ja- gegen 6 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen vertagt.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) hält fest, wenn niemand etwas gegen die Absetzung von Traktandum 13 äussere, gehe sie davon aus, dass dieses Geschäft ebenfalls vertagt sei.

179 F.3.4.3. Finanzverwaltung, Disposition: Finanzplanung, Programme

1. Berichte des Stadtrates, der Finanzkommission und der Bau- und Planungskommission zum Finanzplan 2007-2011 (Nr. 2006/104, 2006/104a, 2006/104b)

Der Stadtrat hält in seiner Vorlage zusammenfassend Folgendes fest:

Erste Priorität hat die optimale Balance zwischen den Grössen Steuern und Gebühren, Dienstleistungen, Infrastruktur und Schuldenabbau. Die Erarbeitung dieses Finanzplanes führte im Stadtrat zu intensiven Diskussionen über grundlegende Fragen der Ausrichtung des städtischen Finanzhaushaltes und der Festlegung der Prioritäten. Dabei stand der Stadtrat einerseits unter dem Eindruck der äusserst günstigen Zahlen der Rechnung 2005, die in allen Bereichen positive Ergebnisse zeitigte. Andererseits liess sich der Stadtrat auch unter dem Eindruck dieser Zahlen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Finanzen der Stadt Liestal noch nicht über dem Berg sind: Alle Beteiligten – insbesondere Einwohnerrat, Stadtrat und Verwaltung – sind weiterhin gefordert, das strikte Finanzregime beizubehalten, um den Weg der Konsolidierung des städtischen Finanzhaushaltes konsequent weiterzuführen.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Der Finanzplan 2007-2011 wird zur Kenntnis genommen.

Fiko-Präsident Heinz Lurf (FDP) erläutert, das Layout des Finanzplans sei nochmals überarbeitet worden. Er sei nun besser lesbar, der Vergleich mit den vorhergehenden Finanzplänen sei aber schwieriger. Der Stadtrat habe versprochen, dass er das jetzige Layout beibehalte. Die Exekutive habe der Festlegung der Prioritäten grosses Gewicht eingeräumt. Erste Priorität habe die optimale Balance zwischen den Grössen Steuern und Gebühren, Dienstleistungen, Infrastruktur und Schuldenabbau. Die Fiko sei damit grundsätzlich einverstanden. Von 2007 bis 2011 solle die Fremdverschuldung im Total über alle Kassen um CHF 2,3 Mio abgebaut werden. Dieser Hochrechnung stünden aber viele, derzeit nicht abschliessend bezifferbare Faktoren gegenüber. Beispiele dazu seien die Revisionen der Steuergesetze, der Finanzausgleich, der GAP, die Kostenentwicklung im Altersbereich, die neuen Regelungen für die Kantonspolizei und das Thema Strassen. Diese unbekanntenen Grössen würden wahrscheinlich zu Mehrausgaben beziehungsweise zu Mindereinnahmen führen. Grundsätzlich erachte die Fiko die Hochrechnungen aber als plausibel. Zur Frage, ob Liestal finanziell über dem Berg sei oder nicht, meine die Mehrheit der Fiko, dass dies noch nicht der Fall sei. Die Kommission habe mit 8 Ja- gegen 1 Nein-Stimme das Eintreten auf den Finanzplan 2007-2011 beschlossen.

Die Fiko sei der Meinung, dass der Steuerfuss für natürliche Personen noch auf dem jetzigen Niveau bleiben solle. Derjenige für juristische Personen werde wahrscheinlich 2008 gesenkt. Am meisten habe die Stellenplafonierung zu diskutieren gegeben. Man spreche jetzt beim Total der Stellen von 99,7 Stellen. Diese Art der Darstellung solle bleiben. Bei den Investitionen habe die Fiko bestimmte Punkte angeschaut. Es gebe einen Nachholbedarf bei den Investitionen der Einwohnerkasse; der Stadtrat wolle CHF 0,5 Mio. pro Jahr mehr investieren, als die Abschreibungen erforderten, um damit versteckte Schulden abzubauen. Die Finanzkommission bitte darum, den Finanzplan 2007-2011 zur Kenntnis zu nehmen.

BPK-Präsident Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) teilt mit, die Bau- und Planungskommission habe sich im Finanzplan 2007-2011 vertieft mit den Bereichen Hochbau, Tiefbau und Verkehr befasst. Sie habe sich davon überzeugt, dass im Schulbereich gute Konzepte vorhanden seien. Es werde hier umsichtig investiert. Die BPK sei von der Richtigkeit der Mass-

nahmen überzeugt. Was den Tiefbau und den Verkehr betreffe, so kämen lange angestrebte Ziele allmählich in die Realisierungsphase. Die BPK begrüsse dies. Sie unterstütze auch die Ausgewogenheit bei der Baulanderschliessung und die sorgfältige Planung und Gestaltung des öffentlichen Raums. Die BPK stimme den vorgesehenen Investitionen einhellig zu.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) gibt bekannt, sie stelle Eintreten auf die Vorlage fest.

Stadtrat Peter Rohrbach legt dar, erste Priorität für den Stadtrat sei die optimale Balance zwischen den Grössen Steuern und Gebühren, Dienstleistungen, Infrastruktur und Schuldenabbau. Man müsse zwischen den qualitativen und quantitativen Zielsetzungen unterscheiden. Die Frage sei, was man in all den verschiedenen Bereichen wie Kultur, Bildung, Jugend oder Öffentlicher Verkehr wolle. Die nächste Frage sei, ob man die Mittel habe für das, was man wolle, ob man im Besitz der Finanzen, des Personals und der Infrastruktur sei. Wichtig sei auch das Setzen der Prioritäten in den Unterbereichen. Zu überlegen sei ausserdem, was man mache, wenn die Aufwendungen grösser oder kleiner als angenommen seien. Der heikelste Bereich sei die Sozialhilfe. Die Investitionen seien nicht einfach ein Boot, das man nach Windwechsel steuern könne. Sie sollten mittelfristig stabil sein. Wenn es zu Schwankungen im Plus- oder Minusbereich komme, seien sie beim Schuldenabbau aufzufangen. Zu einem Abbau wichtiger Dienstleistungen solle es nicht kommen. Der Stadtrat verstehe den Finanzplan als Strategie; der Plan zeige die Richtung an. Er enthalte nicht das Budget. Der Voranschlag hingegen sei verbindlich.

Nils Henn (FDP) sagt, die FDP-Fraktion nehme den Finanzplan 2007-2011 zur Kenntnis. Sie folge den Ausführungen der Fiko.

Astrid Basler (GL) äussert, die Grüne Fraktion halte den Finanzplan für farbenfroh und übersichtlich. Dank der Prioritäten-Liste habe man einen guten Überblick über die Ziele. Ihre Fraktion freue sich darüber, dass der Finanzplan bis 2011 schwarze Zahlen schreibe. Sie unterstütze den Blick in die Zukunft betreffend Wohnraum.

Hanspeter Stoll (SP) führt aus, der Einwohnerrat habe dieses Strategiepapier seit längerem gewünscht. Es sei wichtig, den Plan zu würdigen. Man habe nun eine Finanzplanung, die übersichtlich sei und von positiven Zahlen ausgehe. Der Stadtrat habe seine Hausaufgaben seit 2004 gemacht. Die Vorschläge seien gut. Seine Fraktion halte es für richtig, dass die Stadt investiere. Die Bau- und Planungskommission habe ebenfalls gesagt, dass man die geplanten Vorhaben realisieren solle. Dann brauche man aber auch die Mittel dazu. Durch die Zunahme des Eigenkapitals könne man wieder etwas bewirken. Die Schulden dürfe man aber nicht vergessen. Die SP-Fraktion unterstütze es, die Steuersätze nicht zu verändern, bis die Stadt finanziell über dem Berg sei. Die Schulden seien in einem vernünftigen Zeitraum auf die gesetzten CHF 30 Mio. herunterzubringen. Den durchschnittlichen Abbau von CHF 1,5 Mio. pro Jahr solle man realisieren. Den Abbau von Dienstleistungen würde seine Fraktion derzeit allerdings nicht gutheissen.

Manches könne man nicht vorhersehen. Unsicherheitsfaktoren könnten dazu führen, dass man Ziele nicht erreiche. Liestal müsse flexibel bleiben. Im Finanzplan fehle seiner Fraktion die Jugendpolitik. Sie erwarte für den nächsten Plan, dass man in diesem Bereich Anstrengungen unternehme. Die SP-Fraktion nehme vom Finanzplan Kenntnis.

Peter Furrer (SVP/CBP/EVP) stellt fest, die Finanzlage der Stadt sei zwar stabil, aber nicht rosig. Das zeige der Plan auf. Es gebe schwer abschätzbare Einflüsse, die ein Ungleichgewicht erzeugen könnten, zum Beispiel die Wirtschaftslage. Bezüglich neuer Aufgaben sei Vorsicht geboten. Von gesunden Finanzen sei Liestal noch weit entfernt. Der Nachholbedarf bei den Investitionen verstärke dies. Es liege an den Anwesenden, den eingeschlagenen Weg konsequent zu verfolgen. Auch bei den nächsten Finanzplänen müsse das oberste Ziel erreicht werden. Seine Fraktion stimme dem Antrag des Stadtrates zu.

Bernhard Fröhlich (FDP) betont, er danke Stadtrat Peter Rohrbach für dessen Arbeit. Man habe dank dem Papier eine gute Übersicht über die Finanzlage der Stadt. Dass ein Positiv- und ein Negativ-Szenario dargestellt würden, sei an sich positiv. Enttäuschend seien aber die Konsequenzen beim Schlechtwetter-Szenario. Man getraue sich noch immer nicht, den schwierigeren Weg zu gehen. Den Schuldenabbau zu verringern sei einfacher als das heisse Eisen Dienstleistungsabbau anzupacken. Das finde er nicht gut. Man habe ein Personalreglement angenommen, das die nötige Flexibilität nicht aufweise. Von diesem unsäglichen staatlichen Reglement müsse man wegkommen. Liestal habe hohe Steuersätze und hohe Schulden. Als Folge seien auch Massnahmen im Dienstleistungsbereich zu ergreifen. Zum Votum von Hanspeter Stoll wolle er sagen, dass das für ihn Fussballclub-Logik sei. Im Fussball höre man oft, dies sei zwar eine schlechte Saison gewesen, die nächste werde aber wieder gut. Der Durchschnitt sei normal. Man müsse aber dann handeln, wenn die Situation nicht gut sei. Man könne nicht immer auf bessere Ergebnisse hoffen.

Doris Greiner (SP) fügt hinzu, sie wolle zum Thema Jugend erläutern, worum es ihrer Fraktion gehe. Für sie habe die Jugendpolitik grosses Gewicht. Man solle vermeiden, dort Schulden für die Zukunft aufzubauen. Das betreffe auch finanzielle Schulden. Sie höre immer nur das Wort Schuldenabbau; der Zusammenhang zwischen dem Abbau von Dienstleistungen und dem Schuldenabbau werde aber ausser Acht gelassen. Ihre Fraktion stehe hinter den Zielsetzungen des Stadtrates. Sie interessiere sich aber nun für das konkrete Angebot im Finanzplan 2008-2012. Die Koordinationsarbeiten würden schon sehr lange dauern. Sie wolle den Stadtrat zur Umsetzung der Projekte ermutigen.

Orla Oeri-Devereux (SP) sagt, sie erinnere Bernhard Fröhlich daran, dass der Finanzplan 2007-2011 schwarze Zahlen aufweise. Er habe vor allem davon geredet, was passieren würde, wenn es anders wäre. Dieses Denken sei für sie nicht im Gleichgewicht. Für sie habe Hanspeter Stoll wie ein Politiker geredet. Er habe ausgeführt, was er zum Finanzplan denke.

Corinne Ruesch (FDP) unterstreicht, das Denken von Bernhard Fröhlich erschrecke sie. Er würde ungesunde Konsequenzen hinnehmen, nämlich den Abbau von Dienstleistungen. Das sei einseitiges Denken. Schulden könnten auch in gesellschaftlicher Hinsicht entstehen. Sie würden nur nicht so schnell sichtbar.

://: Vom Finanzplan wird mit grosser Mehrheit ohne Gegenstimme bei einer Enthaltung Kenntnis genommen.

180 F.3.7.5. Rechnungsführung: Voranschläge

2. Berichte des Stadtrates, der Finanzkommission und der Bau- und Planungskommission zum Voranschlag 2007 (Nr. 2006/120, 2006/120a, 2006/120b)

Der Stadtrat hält in seiner Vorlage zusammenfassend Folgendes fest:

Mit dem vorgelegten Voranschlag 2007 wird die im Finanzplan 07-11 formulierte Strategie konsequent umgesetzt, d.h. die Balance zwischen Aufwendungen für die Dienstleistungen, Steuern und Gebühren, Investitionen und Schuldenabbau wird eingehalten.

Finanzplan 07-11 und Jahresprogramm 2007 ergänzen diesen Voranschlag. Erläuterungen in diesen Dokumenten zu einzelnen Themen werden im Voranschlag 2007 nicht wiederholt und sind dort nachzulesen. Im vorliegenden Voranschlag werden nur grössere Veränderungen gegenüber dem Finanzplan 07-11 kommentiert.

Die Laufende Rechnung und die Investitionsrechnung des Voranschlags 2007 müssen vom Einwohnerrat rechtsverbindlich genehmigt, Finanzplan 07-11 und Jahresprogramm 2007 zur Kenntnis genommen werden.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Der Einwohnerrat genehmigt den Voranschlag 2007 der Stadt Liestal:

- Laufende Rechnung;
- Investitionen.

2. Der Stellenplan 2007 wird zur Kenntnis genommen.

3. Die Gemeindesteuersätze der Einwohnerrechnung werden wie folgt festgesetzt:

| | |
|------------------------|---|
| Natürliche Personen | 67% der Staatssteuer (unverändert) |
| Juristische Personen | 5,0% Ertragssteuer (unverändert) |
| | 0,55 % Kapitalsteuer (unverändert) |
| Feuerwehrpflichtersatz | 0,4% des ersatzpflichtigen Einkommens (unverändert) |

4. Der Teuerungsausgleich für die Besoldung des Verwaltungspersonals orientiert sich am Landratsbeschluss für das Staatspersonal (Annahme im Voranschlag 2007: 1.0%).

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) stellt fest, es seien keine Budgetanträge aus dem Einwohnerrat eingetroffen. Die Anträge des Stadtrates, der Fiko und der BPK lägen vor. Nach der Eintretensdebatte werde sie die Laufende Rechnung durchgehen.

Fiko-Präsident Heinz Lurf (FDP) führt aus, der Stadtrat habe die optimale Balance zwischen den vier Schalen definiert. Im Voranschlag seien demgegenüber zum Teil erhebliche Abweichungen festzustellen. Für den Schuldenabbau seien nur CHF 209'000.- budgetiert. Bei den Investitionen seien Ausgaben von CHF 4,8 Mio. vorgesehen. Als Begründung würden beim Schuldenabbau die Schwankungen bei den Steuereinnahmen und beim ungebundenen Finanzausgleich angeführt. Man müsse diese Zahl über 2006 und 2007 anschauen. Die Mehrheit der Fiko habe dem folgen können. Bei den Investitionen gebe es erhebliche Abweichungen zum Finanzplan. Zum grossen Teil handle es sich um Vorfinanzierungen. Die Fiko habe das als vertretbar taxiert. Man dürfe von einem guten Voranschlag reden. Auch im kommenden Jahr werde die Stadt einen positiven Abschluss schreiben. Unvorhergesehenes könne

immer eintreten. Es sei verfrüht, von einer Trendwende zu sprechen. Die Fiko sei einstimmig für Eintreten auf das Budget.

Einige Punkte habe die Fiko vertieft angeschaut. Beim Tanklöschfahrzeug habe sie sich dafür entschieden, es in den gebundenen Ausgaben zu lassen. Das Thema Kunstrasenfeld habe ebenfalls zu Diskussionen geführt, weil es im Finanzplan nicht vorgesehen sei. Beim Haus zur Allee warte man auf das Betriebskonzept. In der Abfallkasse habe sich ein kleines Vermögen angehäuft. Die Fiko rege dazu an, einen Teil der Mittel in präventive Massnahmen in der Abfallentsorgung zu investieren.

Die Stellenplafonierung habe in der Fiko zu grösseren Diskussionen geführt. Stadtrat Ruedi Riesen und Bereichsleiter Martin Hofer hätten die Fiko über die geplante Aufstockung von 120 Prozent im Stadtbauamt orientiert. Die Fiko habe den Wunsch nachvollziehen können. Die Mehrheit habe aber gesagt, dass sie nicht mehr Stellen bewilligen wolle; hingegen befürworte sie Verschiebungen innerhalb der Verwaltung. Die Fiko habe auch über eine separate Vorlage für die 100-Prozent-Stelle diskutiert. Fünf Kommissionsmitglieder von insgesamt neun hätten dies abgelehnt. Die Fiko sei auch mehrheitlich gegen die Pensenerhöhung um 20 Prozent im Hochbau-Sekretariat. Es sei ein interner Antrag gestellt worden, die Auswirkungen der Stellenplafonierung zu analysieren, um zu sehen, ob es dadurch beispielsweise zu verdeckten Schulden oder zu einer Verzögerung der Entwicklung komme. Fünf Mitglieder hätten den Antrag aber abgelehnt.

Die Fiko habe dem Stadtrat und der Verwaltung gegen 100 Fragen schriftlich eingereicht. Sie seien alle innert nützlicher Frist beantwortet worden. Die Fiko bedanke sich dafür herzlich, besonders auch bei Stadtrat Peter Rohrbach, der geholfen habe, dass die Fiko rasch zu ihren Informationen gekommen sei.

BPK-Präsident Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) informiert, die Bau- und Planungskommission habe sich im Voranschlag 2007 schwerpunktmässig mit den gebundenen Investitionen in den Bereichen Tiefbau und Feuerwehr befasst. Dabei sei sie auf die Position Neugestaltung des Zeughausplatzes gestossen. Da die Überweisungsdiskussion kontrovers geführt worden sei, bitte die BPK den Stadtrat, dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft eine separate Vorlage zu unterbreiten. Sie beantrage ausserdem, die im Budget eingestellten Positionen der gebundenen Ausgaben in der Investitionsrechnung zu belassen, mit Ausnahme der Position Leitungsbau Hofmatt-Talacker. Weiter schlage die BPK für den Posten Feuerwehr-Magazin, Büro/Lager eine Reduktion von CHF 100'000.- auf CHF 80'000.- vor. Er bitte darum, den Änderungs-Anträgen der BPK zuzustimmen.

Stadtrat Peter Rohrbach meint, was die Einnahmen betreffe, so laufe jetzt die Revision des Steuergesetzes. Die genauen Auswirkungen wisse man erst im April 2009. Die Stellenplafonierung sei im Jahr 2004 beschlossen worden. Es stelle sich die Frage, wie lange sie gelten solle. Man müsse daran denken, in welchem Umfeld dies entschieden worden sei. Damals habe man nicht gewusst, wohin die Reise gehe. Die Vergangenheit solle man Vergangenheit sein lassen. Heute befinde man sich in einer anderen Situation. Was die Investitionen betreffe, wisse man nun, wohin die Reise gehe. Ein bestimmtes Investitions-Volumen bedinge eine bestimmte Betreuung. Es gehe nicht grundsätzlich um die Schaffung einer neuer Stelle, sondern um die Überlappung von baldiger Pensionierung und Nachfolge. Investieren könne man nicht nur mit Geld, es brauche auch Personal. Die Diskussion um die Stelle solle man aus heutiger Sicht führen. Er bitte darum, dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) sagt, sie bitte nun um Voten zum Eintreten auf das Budget.

Nils Henn (FDP) teilt mit, die FDP-Fraktion sei für das Eintreten.

Corinne Ruesch (GL) orientiert, die Grüne Fraktion spreche sich auch für das Eintreten aus. Es liege ein positiver Voranschlag vor. Das Budget sei nicht isoliert anzuschauen, sondern im Zusammenhang mit dem Finanzplan. Die Strategie werde im Voranschlag bestätigt. Ihr würden vor allem die Anliegen der Jugend fehlen. Es sei wichtig, dass die Planung nicht auf

die lange Bank geschoben werde. In der Abwasserkasse solle kein Vermögen angehäuft werden, sondern das Geld sei für die Sammlung der Wertstoffe zu verwenden. Man müsse ein gesamthaftes Abfallkonzept machen. Sie erinnere an das Postulat Sauberes Liestal.

Regula Nebiker (SP) fügt hinzu, ihre Fraktion sei ebenfalls für das Eintreten.

Paul Pfaff (SVP/CVP/EVP) ergänzt, seine Fraktion schliesse sich dem an.

Hanspeter Stoll (SP) äussert, man habe den Finanzplan 2007-2011 und den Voranschlag 2007 mit begründeten Abweichungen. Man dürfe das Jahr 2007 nicht isoliert betrachten. Der Kunstrasen und die beantragten Stellen seien nicht im Finanzplan enthalten. Der Rest widerspreche nicht der Strategie. Die Rechnung werde nach der letzten Schätzung sehr positiv aussehen. Man könne also etwas für die Jugend in Liestal machen. Ob die Stellenplafonierung auf 83 Stellen im Jahr 2004 wirklich richtig sei, wisse man nicht. Deshalb sei in der Fiko der Antrag gestellt worden, diesen Beschluss zu evaluieren. Die BPK habe gesagt, die Liste der Investitionen sei durchzuziehen. Er habe sich davon überzeugen lassen. Man müsse sich aber überlegen, welche Projekte man nicht realisieren könne, wenn die Stelle im Tiefbau nicht bewilligt werde. Über diese Abweichungen müsse man heute diskutieren. Die SP-Fraktion sei für das Eintreten auf den Voranschlag 2007.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) gibt bekannt, sie stelle Eintreten auf das Budget fest. Sie erteile nun den Fraktionssprechern das Wort.

Nils Henn (FDP) legt dar, seine Fraktion stehe eng hinter den Aussagen im Fiko-Bericht. Der Antrag auf die 100-Prozent-Stelle im Stadtbauamt sei eingehend diskutiert worden. Seine Fraktion stehe grossmehrheitlich hinter dem Entscheid der Fiko, die Stelle nicht zu bewilligen. Beim Durchziehen der Vorhaben könne es allerdings kritisch werden. Er denke, dass das Programm nicht so umgesetzt werde wie geplant. Die FDP-Fraktion sei auch bereit, eine Bremse bei den Investitionen in Kauf zu nehmen. Sie sei aber auch nicht überzeugt davon, dass in der Stadtverwaltung alle Massnahmen in Sachen Verschiebung ausgereizt worden seien. Aus diesen Gründen gewichte sie den Antrag der Fiko höher als denjenigen des Stadtrates.

Paul Pfaff (SVP/CVP/EVP) berichtet, seine Fraktion habe beschlossen, dass die Stellenplafonierung Sinn mache. Es sei daran festzuhalten, gewisse Projekte seien zurückzustellen. Man müsse überlegen, was mehr und was weniger dringend sei. Die Zukunft Liestals stehe und falle nicht mit einer Stelle. Die Vorwärtsstrategie der Stadt sei an sich gut. Von linker Seite höre er allerdings immer nur, dass man Geld ausgeben solle, aber nie etwas über das Thema Wirtschaftsförderung. Die Förderung der Wirtschaft würde mehr Steuersubstrat bringen.

Jürg Holinger (GL) betont, die Stelle sei unbedingt zu bewilligen. Projekte wie die H2-Anschlüsse und die Poststrasse müssten gut begleitet werden. Dies gelte ebenso für das Manor-Projekt und den Ausbau des Kantinenwegs. Dabei handle es sich auch um Wirtschaftsförderung. Man könne auch nicht neue Wohngebiete ohne das notwendige Personal erschliessen. Die Ressourcen seien dort erschöpft. Im Standortwettbewerb der Gemeinden gewinne doch nicht diejenige Gemeinde, die am längsten an einer Plafonierung festhalte, sondern diejenige, die auf sich anbietende Chancen reagiere. Durch eine bessere Verkehrsführung und mehr erschlossene Baugebiete erringe Liestal einen Standortvorteil. Die Stadt wäre eine schlechte Unternehmerin, wenn sie sich diese Gewinnchance entgehen liesse. Es wäre absurd, wenn man diese Stelle nicht bewillige und dann wieder die Platte auflege, in Liestal werde nur geplant, aber nicht gebaut. Seine Fraktion unterstütze den Antrag des Stadtrates. Sie unterstütze alle Anträge, bei denen es um Bauvorhaben in Liestal gehe. Die Grüne Fraktion wolle der landläufigen Meinung widersprechen, dass grüne Politik Bauverhinderungspolitik sei.

Franz Kaufmann (SP) merkt an, die Äusserung von Paul Pfaff an einer früheren Sitzung töne ihm noch in den Ohren, man solle endlich einmal vorwärts machen und nicht immer nur Projekte anreissen. Die Quartierpläne Bahnhof, die Erschliessung des Gebiets Gräubern, auch der Ausbau der Heidenlochstrasse, das sei alles im Sinne des Gewerbes. Man katapultiere sich wieder auf die abstrakte Ebene und rede von einer Stellenzahl. Man müsse sich auf die Situation fokussieren. Es handle sich um eine befristete Stelle. Er bitte darum, dieser Stelle zuzustimmen. Ganz viele Projekte lägen nicht alleine im Entscheidungsfeld von Liestal, etwa die Lärmschutzwände der SBB oder die Anschlussproblematik bei der H2.

Stadtrat Ruedi Riesen unterstreicht, man denke immer, er sei der Auslöser für diese Stelle. Der gesamte Stadtrat habe dies diskutiert. Es brauche im Stadtbauamt eine zusätzliche Fachkraft, einen Tiefbauingenieur. Er könne die Plafonierung des Stellenplans verstehen. Man setze sich eine Limite und habe so eine Ausgabenkontrolle. Der Investitionsplan der Stadt habe aber im Jahr 2004 ganz anders ausgesehen. Liestal sei nun bei der Realisierung seiner Projekte zu einem grossen Teil von aussen abhängig, beispielsweise beim Quartierplan Bücheli. Man wolle auch eine Vorwärtsbewegung machen. Die Stadt habe in den letzten Jahren viele Aufgaben in die Wirtschaft vergeben. Sie habe aber auch die Pflicht, die Oberbauleitung zu übernehmen. Der Stadtrat habe gemerkt, dass man bei gewissen Projekten komplett anstehe, beispielsweise bei der Sichernstrasse, dem Burgunderquartier und dem Heidenloch. Deshalb habe er diesen Antrag gestellt. Man dürfe nicht ausser Acht lassen, dass die Realisierung dieser Projekte auf die Dauer auch Geld bringe. Nach vier Jahren erfolge die Ablösung der Stelle. Es gehe jetzt um einen Projektstau.

Bernhard Fröhlich (FDP) meint, Lohnfragen zehn Tage vor Weihnachten zu besprechen, sei nicht glücklich. Die Korrelation zwischen Aufträgen und Ressourcen sei nicht wegzudiskutieren. Bauen sei seiner Meinung nach aber kein politischer Prozess. Bautechnische Fragen könne man weitgehend auf privatwirtschaftlicher Ebene lösen. Bei der Stadt solle man minimal fahren und alles, was möglich sei, hinausgeben. Andere Unternehmen würden auch so arbeiten. Die Führung müsse natürlich bei der Stadt bleiben. Es brauche Ressourcen und Finanzen, damit man Aufträge extern vergeben könne. Es sei ein grosser Unterschied, ob man diese Lösung wähle oder ob man Personal anstelle, das Sozialleistungen erhalte.

Stadtrat Ruedi Riesen entgegnet, das habe sich der Stadtrat auch überlegt. Es handle sich aber keineswegs um eine rein technische Stelle. Er frage sich, was der Vergleich zwischen der Privatwirtschaft und der Stadtverwaltung solle. Die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung würden sich nicht von Angestellten irgendeiner Firma unterscheiden. Es gebe keine Beamten mehr. Man könne einem externen Büro aber nicht den Auftrag geben, mit den Heidenloch-Anwohnern zu verhandeln. Es gehe auch um den Behördenwillen. Das sei kein rein technischer, sondern auch ein politischer Prozess. Heute gebe es mehr Einsprachen als Baugesuche. Der Aufwand für das Personal sei gross. Das könne kein Ingenieurbüro übernehmen. Diese Stelle würde in der Privatwirtschaft viel mehr kosten.

Orla Oeri-Devereux (SP) erinnert an die Aussage von Paul Pfaff, eine Stelle mache nicht so viel aus. Diese Stelle würde aber auch Entlastung für Mitarbeitende bedeuten, die überlastet seien. Man solle bereit sein, den Entscheid von 2004 zu überdenken und sich zu fragen, ob er noch richtig sei. Der Finanzplan sei durchgekommen; das habe Konsequenzen. Die BPK halte an der aufgestellten Liste der Projekte fest, sei aber nicht bereit, die Personalkonsequenzen zu tragen. Beim Outsourcing fehle im Übrigen auch die Identifikation mit der Entwicklung der Stadt Liestal.

Hans Brodbeck(FDP) stellt fest, die Diskussion um das Budget 2007 erschöpfe sich in dieser Stelle. Er vertrete die Meinung einer Minderheit in der FDP-Fraktion. Die Stellenplafonierung sei richtig gewesen, heute müsse man sie aber in Frage stellen. Sie dürfe kein Selbstzweck sein. Kein Unternehmen könne auf diese Weise erfolgreich arbeiten. Die Stadt habe viele Projekte in der Pipeline. Das sei erfreulich und standortfördernd, wenn man sie realisiere. Die schlechteste Lösung sei, die Stelle intern zu besetzen. Fachkompetenz sei gefragt. Man

müsse diese Stelle für vier Jahre schaffen. Wenn nicht, brauche es neue Terminierungen. Der Stadtrat müsse sich dann auch fragen, ob das Personalreglement zu überdenken sei.

Ernst Burkhardt (SP) erwähnt das Ozonloch, den täglichen Stau, das Steigen des Meeresspiegels und beschneite Pisten. Im Zusammenhang damit stünden höhere Versicherungsprämien und die Verdoppelung des Erdgaspreises. Wenn eine neue Stelle gut investiertes Geld sei, bringe das mittel- bis langfristig einen Gewinn. Das Label Energiestadt sei ein umfassendes Programm. Zu wissen, wie man ein solches Programm gestalte, sei wichtig. Wenn man die Verwaltung auf dieses Label ausrichte und die Pensenerhöhung um 20 Prozent im Hochbausekretariat genehmige, ergebe das in einigen Jahren grossen Gewinn. Man investiere auf beschränkte Zeit, hole aber auf Dauer viel hinein.

Paul Pfaff (SVP/CVP/EVP) protestiert, man stelle ihn als grossen Verhinderer hin. Er komme aus der Bauwirtschaft. Ruedi Riesen solle zeigen, dass endlich mal Kräne in Liestal stehen würden. Man rede immer nur viel. So lange keine Kräne stünden, könne man doch nicht behaupten, man mache etwas.

Regula Nebiker (SP) gibt zurück, sie teile die Meinung von Paul Pfaff überhaupt nicht. Jetzt gehe es nicht um diese Stelle, sondern um Konsequenzen aus politischen Entscheiden. Die vorgeschlagene Lösung sei vermutlich jetzt die günstigste. Ausserdem könne so die Nachfolge aufgebaut werden. Wenn der Rat etwas verabschiede, müsse er zu den Konsequenzen stehen, sonst stünden tatsächlich nie Kräne. Man brauche eine andere Diskussionskultur. Man müsse die ideologischen Klappen etwas lüften und überlegen, wie man das Problem am effizientesten und günstigsten löse.

Adrian Mächler (FDP) bemerkt, er sei ein wenig enttäuscht über den Fokus beim Thema Stellen. Man rede über eine Stelle mehr. Sie sei gut begründet. Vergessen gehe dabei, dass die Plafonierung für die ganze Verwaltung festgelegt worden sei, nicht für das Stadtbauamt. Die Stadt könne etwas Phantasie entwickeln und überlegen, wo sich eine Stelle einsparen liesse. Vielleicht werde jemand beispielsweise frühpensioniert. Gegen die Aufstockung habe niemand etwas.

Anträge der Fiko

://: 1. Der Antrag der Fiko, die zusätzliche 100-Prozent-Stelle im Stadtbauamt, befristet auf maximal vier Jahre, zu streichen, wird mit 13 Ja- gegen 17 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

://: 2. Der Antrag der Fiko, die Pensen-Erhöhung im Hochbausekretariat um 20 Prozent, befristet auf zwei Jahre, zu streichen, wird mit 19 Ja- gegen 15 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) erklärt, sie gehe nun die einzelnen Posten durch.

Claudia Roche (SP) teilt mit, beim Bereich Bildung habe sie eine Frage betreffend Verquickung der Regionalen Musikschule mit der Privaten Musikschule. Sie würde gerne wissen, ob Liestal ohne die Private Musikschule weniger Raumprobleme hätte.

Stadtrat Lukas Ott antwortet, die Musikschule habe keine einfache Struktur. Das Vorhaben, das Projekt auf eine Linie zu bringen, sei nicht einfach. Es habe sich zerschlagen. Die Bedürfnisse seien noch immer sehr akut. Deshalb habe der Zweckverband beschlossen, mit einem Provisorium die oberste Spitze des Raumbedarfs zu brechen. Man müsse trotzdem noch immer improvisieren. Es würden sich aber Rochaden ankündigen. Der gesamte Raumbedarf müsse geplant werden. Die Private Musikschule beziehe von der Regionalen Musik-

schule gewisse Räume. Sie zahle aber Miete zum Vollkostenpreis, und der Unterricht finde zu einer anderen Zeit als derjenige der Regionalen Musikschule statt. Dies sei also kein hemmender Faktor.

Claudia Roche (SP) sagt, sie habe noch eine Frage zur sozialen Wohlfahrt. Das Budget für die berufliche Wiedereingliederung betrage CHF 50'000.-. Im Vergleich zu anderen Gemeinden sei Liestal mit diesem Betrag am unteren Ende. Der Rat sei noch nicht über die Ergebnisse des Audits informiert. Eventuell werde ihre Fraktion Vorstösse zu diesem Thema bringen.

Stadtpräsidentin Regula Gysin erwidert, für die berufliche Eingliederung gebe es ab Januar 2007 neue Möglichkeiten, auch durch den Kanton. Nach Absprache mit den kantonalen Behörden sei die Stadt diesbezüglich bereits am Vorbereiten. Es sei nicht einfach, Plätze für gewisse Leute zu finden. Sämtliche Formen würden überprüft. Man sei an der Sache dran. Angebot und Nachfrage müssten aber stimmen. Man könne nicht einfach einen Ballon starten. Die Stadt wolle nachhaltige Formen für dieses Problem finden.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) gibt bekannt, die Diskussion über die Laufende Rechnung sei abgeschlossen. Sie stelle fest, dass es keine Voten zum Investitionsbudget gebe. Daher werde nun über die Anträge der BPK und des Stadtrates abgestimmt.

Anträge der BPK

- ://: 1. Der Antrag, die im Budget 2007 eingestellten Positionen der Gebundenen Ausgaben in der Investitionsrechnung zu belassen, mit Ausnahme der Position „Leitungsbau Hofmatt-Talacker“, wird einstimmig genehmigt.
- ://: 2. Der Antrag, den Posten Feuerwehr-Magazin, Büro/Lager von CHF 100'000.- auf CHF 80'000.- zu reduzieren, wird mit grosser Mehrheit bei 1 Enthaltung genehmigt.
- ://: 3. Der Antrag, betreffend Neugestaltung des Zeughausplatzes dem Einwohnerrat eine separate Vorlage zu unterbreiten, wird mit 28 Ja-Stimmen bei 8 Enthaltungen genehmigt.

Anträge des Stadtrates

- ://: 1. Der Voranschlag 2007 wird mit den beschlossenen Änderungen mit 35 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme genehmigt.
- ://: 2. Vom Stellenplan 2007 wird mit den beschlossenen Änderungen mit 29 Ja- gegen 2 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen Kenntnis genommen.
- ://: 3. Die Gemeindesteuersätze 2007 werden einstimmig genehmigt.
- ://: 4. Der Teuerungsausgleich 2007 von 0,3 Prozent für das Verwaltungspersonal - analog dem Landratsbeschluss für das Staatspersonal - wird einstimmig genehmigt.

Schlussabstimmung

- ://: Der Voranschlag 2007 wird einstimmig genehmigt.

181 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

4. Bericht des Stadtrates betreffend Abschreibung von Motionen und Postulaten (Nr. 2006/126)

Der Stadtrat hält in seiner Vorlage zusammenfassend Folgendes fest:

Gestützt auf § 44 des Einwohnerrats-Geschäftsreglementes hat der Stadtrat dem Einwohnerrat jährlich eine Vorlage mit denjenigen Motionen und Postulaten zu unterbreiten, die seit mehr als zwei Jahren überwiesen, aber noch nicht erledigt sind.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Die Motion von Pascal Porchet betreffend Reduktion von OeWA-Zonen (Nr. 02/117) ist vorerst noch nicht abzuschreiben. Die Abschreibung erfolgt mit der Genehmigung der Revision Ortsplanung Teil Siedlung.
2. Die dringliche Motion der FDP-, SP- und SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Sanierung des Finanzhaushaltes der Stadt Liestal (Nr. 02/118) kann im Rahmen der Beantwortung des Finanzplanes 2007-2011 im Einwohnerrat erörtert und abgeschrieben werden.
3. Das Postulat von Orla Oeri-Devereux namens der SP-Fraktion für eine Situationsanalyse der Liestaler Jugend (Nr. 2003/163) wird noch nicht abgeschrieben und nach Vorliegen der Erkenntnisse der neu gewählten Jugendkommission neu traktandiert.
4. Das Postulat von Sabine Sutter und Regina Vogt namens der FDP-Fraktion zum Jugendtreffpunkt Joy im Haus zur Allee (Nr. 2004/11) wird noch nicht abgeschrieben und nach Vorliegen der Erkenntnisse der neu gewählten Jugendkommission neu traktandiert.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) teilt mit, sie gehe die einzelnen Anträge durch. Zum Thema OeWA-Zonen gebe es offenbar keine Wortmeldungen.

://: Der Antrag, die Motion von Pascal Porchet betreffend Reduktion von OeWA-Zonen (Nr. 02/117) noch nicht abzuschreiben, wird grossmehrheitlich bei 2 Enthaltungen genehmigt.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) erläutert, sie komme nun zur dringlichen Motion Fluri.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) meint, mit dem Budget habe man die Leitlinie wieder aufgeweicht. Seine Fraktion sei dafür, dass man an der Leitlinie der Motion festhalte, damit man die gesteckten Ziele erreiche.

Heinz Lerf (FDP) informiert, die FDP-Fraktion erachte den Zeitpunkt zur Abschreibung der Motion für verfrüht. Seine Fraktion wolle die Motion noch nicht abschreiben.

Orla Oeri-Devereux (SP) gibt bekannt, die SP-Fraktion sei für Abschreibung der Motion. Der Rat habe vom Finanzplan Kenntnis genommen. Darin werde aufgezeigt, wie Liestal seine Ziele erreiche. 2002 habe man noch keinen Weg zum Abbau der Schulden gehabt. Das sei nun nicht mehr so. Man habe sich das Ziel gesetzt, den Finanzhaushalt nachhaltig zu sanie-

ren und aktiv Schuldenabbau zu betreiben. Das habe man gemacht. Man habe bei CHF 60 Mio. Schulden begonnen. In einigen Jahren werde man das Ziel von CHF 30 Mio. Schulden erreicht haben.

Erika Eichenberger (GL) äussert, der Finanzplan sei derart gewürdigt worden, dass sie nicht verstehe, wieso nun diese Notbremse gezogen werde. Die Grüne Fraktion habe volles Vertrauen in die Umsetzung des Finanzplans. Ihre Fraktion folge dem Antrag des Stadtrates.

Hanspeter Mohler (FDP) legt dar, im dritten Punkt in der Motion werde als Ziel die Reduktion der Fremdverschuldung von CHF 60 Mio. auf CHF 20 Mio. in höchstens 20 Jahren genannt. Dieses Ziel sei noch nicht erreicht. Deshalb sei die Motion nicht abzuschreiben.

Stadtrat Peter Rohrbach stellt fest, für ihn gebe es ein logisches Problem. Die Motion Fluri sei wie der Finanzplan ebenfalls eine Finanzstrategie. Es stelle sich die Frage, welchen der Pläne man zum Zug kommen lassen wolle. Er bitte darum, sich für eine Finanzstrategie zu entscheiden.

://: Die dringliche Motion der FDP-, SP- und SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Sanierung des Finanzhaushaltes der Stadt Liestal (Nr. 02/118) wird mit 17 Ja- gegen 18 Nein-Stimmen nicht abgeschrieben.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) fährt fort, es folge nun der Antrag zum Postulat Situationsanalyse der Liestaler Jugend. Der Stadtrat beantrage, diesen Vorstoss noch stehen zu lassen.

Regina Vogt (FDP) sagt, sie beantrage zu den beiden nächsten Anträgen, sie stehen zu lassen.

Orla Oeri-Devereux (SP) fügt hinzu, auch ihre Fraktion wolle das Postulat Situationsanalyse stehen lassen. Es habe bedenklich lange gedauert, bis etwas passiert sei.

Erika Eichenberger (SP) betont, die neu gewählte Jugendkommission solle sich auf ihre Kernaufgaben beschränken. Ob eine Situationsanalyse dazu gehöre, sei für sie fraglich.

://. Der Antrag, das Postulat von Orla Oeri-Devereux namens der SP-Fraktion für eine Situationsanalyse der Liestaler Jugend (Nr. 2003/163) noch nicht abzuschreiben, wird einstimmig genehmigt.

://: Der Antrag, das Postulat von Sabine Sutter und Regina Vogt namens der FDP-Fraktion zum Jugendtreffpunkt Joy im Haus zur Allee (Nr. 2004/11) noch nicht abzuschreiben, wird einstimmig genehmigt.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) hält fest, mit Ausnahme der Motion Fluri sei der Einwohnerrat den Anträgen des Stadtrates gefolgt.

182 S.2.5.2. Strassenunterhalt, Werkdienst: Fahrzeug- und Maschinenpark, Werkzeuge, Ausrüstung, Lokalitäten, Baumaterialien

5. Bericht des Stadtrates betreffend Kommunalfahrzeug - Ersatzanschaffung (Nr. 2006/125)

Der Stadtrat hält in seiner Vorlage zusammenfassend Folgendes fest:

Der Kleinlastwagen Ladog mit Jahrgang 1991, der vorwiegend in der Unterhaltsgruppe eingesetzt wird, ist zu ersetzen. Die Maschinenkommission der Betriebe hat drei Fahrzeuge evaluiert und sich für einen Ladog City King-L1250 der Firma Bucher-Guyer AG, Niederweningen, entschieden. Die Erfahrungen mit dem Ladog, der seit 15 Jahren bei den Betrieben im Einsatz ist, sind positiv, da dieser vielseitig einsetzbar, robust und sehr zuverlässig ist. Die bereits vorhandenen Anbaugeräte können mit wenig Umbauaufwand wieder verwendet werden. Zusätzlich ist die Anschaffung eines Schneepfluges und eines Bandstreuers für den Einsatz im Winterdienst auf Trottoirs und schmalen Wegen vorgesehen.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Der Einwohnerrat stimmt der Beschaffung eines neuen Kommunalfahrzeuges inkl. Winterdienstausrüstung zu und bewilligt den dafür notwendigen Bruttokredit von CHF 160'393.40 inkl. MwSt.

Hans Rudolf Schafroth hält fest, die Fahrzeugkommission habe gute Arbeit geleistet. Sie habe das beste Fahrzeug ausgewählt. Die Arbeiten könnten damit effizienter ausgeführt werden. Durch die Beweglichkeit des Fahrzeugs werde auch weniger Handarbeit nötig sein. Auch Schneeräumungen würden wohl in kurzer Zeit möglich sein. Dies alles werde sich auf die Belastung der Mitarbeitenden auswirken. Man wolle ein optimales Fahrzeug zur Verfügung stellen. Er bitte darum, den Antrag des Stadtrats zu unterstützen.

Hans Brodbeck (FDP) teilt mit, die FDP-Fraktion stimme dem Geschäft zu. 15 Jahre sei eine lange Dauer für ein Fahrzeug. Man müsse es jetzt ersetzen.

Astrid Basler (GL) fügt hinzu, auch die Grüne Fraktion stimme der Anschaffung des Fahrzeugs zu.

Hanspeter Stoll (SP) hält fest, dies sei eine gute, übersichtliche Vorlage. Die SP-Fraktion sei für den Antrag des Stadtrats.

Ernst Burkhardt (SP) sagt, er teile die allgemeine Freude. Man solle das neue Fahrzeug aber auch anderen Gemeinden zum Mitgebrauch anbieten. Es wise nicht so viele Betriebsstunden auf. Die Fahrzeuge der Stadt würden auf diese Weise auch schneller abgeschrieben, und man könne wieder modernere anschaffen.

Stadträtin Marion Schafroth erwidert, sie danke für das Lob. Es handle sich um einen orangen, kleinen Lastwagen. Dieses Fahrzeug werde täglich gebraucht, allerdings nicht für weite Strecken. Deshalb erreiche es nicht so viele Betriebsstunden. Aber es sei wirklich oft im Einsatz.

://: Der Bruttokredit von CHF 160'393.40 für die Beschaffung eines neuen Kommunalfahrzeugs inklusive Winterdienstausrüstung wird einstimmig genehmigt.

183 U.1.3.3. Kehrichtabfuhr, Schuttablagerung: Ablagerungen, Gruben, Deponien, Kompostierung Buchhalde/Oristal

6. Schriftliche Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Astrid Basler namens der Grünen Fraktion betreffend Alte Deponie Rankweg (Nr. 2006/97, 2007/97a)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Interpellation alte Deponie Rankweg

Im Bericht über die Anpassungen des Perimeters Siedlung und Mutation der Waldabstände (Erzenberg/Obere Brunnmatt/Leisenberg/Rankweg wird eine Waldparzelle erwähnt, in welcher eine ehemalige Deponie begraben liegt. Bei dieser soll abgeklärt werden, ob diese ausgeschiedene Waldparzelle in eine Bauparzelle umgezont kann werden.

Altlasten-Deponien können das Grundwasser und Trinkwasserbrunnen mit Giftstoffen belasten. Im April wurden von der IG Deponiesicherheit Regio Basel in Muttenz Dioxin und Furane (schwer löslich im Wasser) im Trinkwasser nachgewiesen. Greenpeace hat im Trinkwasser krebserregende und zu Missbildungen neigende wasserlösliche Chemikalien analysiert, welche auch im Grundwasser bei den Chemiemülldeponien in Muttenz nachgewiesen wurden. Die Altlastenverordnung schreibt vor, dass bei Deponie-Schadstoffrückständen eine Sanierung erfolgen muss. Die Trinkwasserversorgung erachte ich als überregionale Aufgabe. Der Schutz des Trinkwassers muss oberste Priorität haben.

Ich bitte den Stadtrat um schriftliche Auskunft über folgende Fragen:

- Wie viele solcher begrünter Altlasten- Deponiestandorte existieren in Liestal und Umgebung?
- Wurden diese Altlastendeponien auf Ihre Inhaltsstoffe untersucht?
- Wurden auch Chemieabfälle deponiert?
- Können aus diesen Deponien Stoffe ins Grundwasser einsickern?
- Werden regelmässige Wasseruntersuchungen in diesen Gebieten vorgenommen?
- Wurden die verschiedenen Trinkwasserbrunnen in Liestal auch schon auf Dioxine, Furane und auf wasserlösliche Chemikalien (Hexachlorbutadien, Tetrachlorbutadien, PCB, Perchloroethen) untersucht?
- Welche Zusammenarbeit bezüglich regionaler Trinkwasserversorgung besteht innerhalb der Gemeinden?

Astrid Basler
Grüne Fraktion
27. Juni 2006

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) weist darauf hin, dass der Stadtrat die Interpellation schriftlich beantwortet habe. Sie frage die Interpellantin, ob sie mit den Antworten zufrieden sei.

Astrid Basler (GL) erwidert, sie sei froh über die laufenden Untersuchungen. Wasser werde immer kostbarer. Sie sei zufrieden mit den Antworten und verlange keine Diskussion. Sie habe aber noch eine Frage an Stadtrat Ruedi Riesen, und zwar, ob man auch nach hormonellen Stoffen suche.

Stadtrat Ruedi Riesen erwidert, er sei darauf nicht vorbereitet. Seine Kollegin Marion Schafroth sei für dieses Thema zuständig.

Stadträtin Marion Schafroth sagt, sie gebe die Frage an Bereichsleiterin Claudia Christiani weiter, die ebenfalls anwesend sei.

Claudia Christiani teilt mit, derzeit würden nur Untersuchungen in Bezug auf Deponie-Schadstoffe laufen.

Somit ist die Interpellation erledigt.

184 S.2.6. Verkehrs- und Strassenplanung, Bauprogramme

7. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Heidenlochstrasse, Ausbau von Grammetstrasse bis Cheddite – Projekt- und Kreditgenehmigung; Beschlussfassung über Bau- und Strassenlinienplan (Nr. 2006/93, 2006/93a, 2006/93b)

Die Bau- und Planungskommission (BPK) hält in ihrem Bericht zusammenfassend Folgendes fest:

Der Einwohnerrat hat dieses Geschäft am 28. Juni 2006 an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

Die heutige Heidenlochstrasse (Teilstück Kasinobrücke bis Banngrenze Lausen) hat eine lange Geschichte. Mit der Erstellung der ersten Wohnbauten im Talboden am rechten Ufer der Ergolz wurde der Weg nach und nach mit einem Belag versehen und immer wieder geflickt. Ein richtiger Strassenausbau hat nie stattgefunden. Deshalb mussten sowohl die ehemaligen als auch die heutigen Grundeigentümer noch nie Strassenbeiträge entrichten, wie sie im Strassenreglement vorgesehen sind.

Im Interesse aller Landeigentümer in diesem Gebiet (bereits überbaute und noch zu überbauende Parzellen) drängt sich ein Ausbau der Heidenlochstrasse auf. Dieser Ausbau wurde – vor allem von den Anwohnern – schon seit vielen Jahren gefordert. Da nun auch die Werkleitungen dringend erneuert werden müssen, ist diese koordinierte Sanierung sinnvoll.

Der Ausbau entspricht auch dem vom Einwohnerrat zur Kenntnis genommenen Verkehrskonzept, wonach die Heidenlochstrasse als Sammelstrasse vorgesehen wird. Ebenso stimmt die Vorlage mit der Ortsplanung überein. Im Projekt integriert ist auch Tempo 30. Wenn später noch der Kreisel Altmarkt erstellt ist, kann das Heidenloch- und Grammetquartier mit der geplanten Stichstrasse optimal erschlossen werden.

Die Anträge der BPK lauten:

1. Genehmigung des Projektes Ausbau Heidenlochstrasse (Kasinobrücke bis Cheddite) mit einem Bruttokredit von CHF 2'720'000.-.
2. Beschlussfassung des Bau- und Strassenlinienplanes Mutation Heidenlochstrasse (Kasinostrasse bis Cheddite).

BPK-Präsident Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) führt aus, auftragsgemäss habe sich die BPK anfangs November mit einer Delegation der Heidenloch-Anwohner getroffen. Die Aussprache habe, wie im zweiten Bericht der BPK festgehalten sei, keine neuen Argumente hervorgebracht, die die Meinung der BPK hätten ändern können. Im Gegenteil, den Kommissionsmitgliedern seien katastrophale Verhältnisse geschildert worden, vor allem was den Schwerverkehr betreffe. Dies habe die BPK in ihrer Meinung bestärkt, dass die Sanierung so rasch wie möglich in Angriff zu nehmen sei. Von den Verbesserungen profitiere in erster Linie das Quartier selbst. Den Strassenausbau mit der Ortsplanung, dem Kreisel oder der Kasinobrücke zu vermischen, mache wenig Sinn, denn dabei handle es sich um Absichten, die teilweise noch in weiter Ferne lägen.

Das Argument der IG Heidenloch, die Arbeiten nicht jetzt beim Höchststand der Tiefbaupreise in Angriff zu nehmen, sei für die BPK nicht stichhaltig. Man könne nie wissen, wie sich die Preise weiterentwickeln würden. Dass die Finanzierung nicht gesichert sei, stimme nicht, denn im Budget 2007 seien für die Heidenlochstrasse CHF 500'000.- eingesetzt. Zum Einwand, dass es für die Cheddite-Überbauung weit und breit keine Investoren gebe, weise die BPK darauf hin, dass Investoren auf gesicherten Grundlagen Überbauungen projektieren

würden. In diesem Gebiet sei die Erschliessung noch nicht sicher. Das wolle die Stadt ändern. Er sei überzeugt davon, dass dann die Überbauung realistisch werde. Die BPK bleibe einstimmig bei ihrer Meinung, den Anträgen des Stadtrates zuzustimmen.

Beat Gränicher (SVP/CVP/EVP) wendet ein, man behandle ein Geschäft, das man heute nicht behandeln müsste, wenn es von Anfang richtig gelaufen wäre. Wenn man wisse, wie viel eine solche Sache koste, gehe man damit zu den Anstössern. Das werde öfters nicht so gehandhabt. Er habe die neue Gartenstrasse vor seinem Haus und sei auch von dem vierstelligen Betrag, den er habe bezahlen müssen, überrascht gewesen. Er bitte darum, in Zukunft in einem ersten Schritt den Anstössern klipp und klar zu sagen, wie viel sie zahlen müssten. Das Projekt diene aber der ganzen Bevölkerung. Deshalb unterstütze seine Fraktion die beiden Anträge.

Stadtrat Ruedi Riesen entgegnet, das befremde ihn. Alle Dokumente seien aufgelegt. Die Stadt habe die Anwohner umfassend informiert. Die Stadt habe sämtliche Kosten transparent vorgelegt, eine Woche, nachdem sie ihr selbst bekannt gewesen seien. Was in den Zeitungsberichten stehe, nerve ihn teilweise. Der Betrag von CHF 30'000.- pro Anwohner sei nicht richtig. Auch die Verknüpfungen zum Verkehrskonzept seien nicht in Ordnung. Er begreife, dass die Anwohner gegen die Kosten kämpfen würden, aber sie sollten es bitte ehrlich tun. Es sei für ihn auch die Frage, ob die Anwohner eigentlich der Stadt trauten. Beat Gränicher hätte sich mit einem Telefon erkundigen können. Er bitte darum, keine Konstrukte zu machen, die die Öffentlichkeit verunsichern würden.

Franz Kaufmann (SP) meint, es sei zum Ausdruck gekommen, wo der Schuh drücke, nämlich bei den Kosten. Nach der Orientierungsveranstaltung vom 24. April 2006 hätten die Leute gesagt, sie wüssten nichts von einem Kreisel und von der Kasinobrücke. Der Einwohnerrat habe aber im Jahr 2005 das Verkehrskonzept besprochen. Der Neuanschluss Heidenloch sei dann klar gewesen. Er gehe davon aus, dass man alle Unterlagen und Informationen studiere. Den Vorwurf der Konzeptlosigkeit müsse man wirklich korrigieren. Auf der Heidenlochstrasse würden Busse und Lastwagen verkehren. Es werde Baustellenverkehr geben. Die Strasse enthalte auch eine Veloroute und gehöre zudem in die Tempo 30-Zone. Sie habe sehr viele Funktionen. Das Ausbauprojekt vereine alle Aspekte zu einem sinnvollen Ganzen. Deshalb stimme seine Fraktion den Anträgen zu.

Jürg Holinger (GL) unterstreicht, seine Fraktion stehe hinter dieser Vorlage, noch mehr nach dem Besuch bei der Delegation der Heidenloch-Anwohner. Sie hätten die schwierige Situation mit dem Schwerverkehr geschildert. Man müsse die Strasse sanieren. Wenn man falsche Argumente 50 Mal wiederhole, würden sie nicht richtiger. Persönlich habe er Mühe damit, wenn man vordergründig Sorgen um die Finanzen der Stadt Liestal ausdrücke, aber Angst vor den Anwänderbeiträgen habe.

Pascal Porchet (FDP) sagt, auch die FDP-Fraktion sei grossmehrheitlich für die Vorlage. Sie würde unter anderem zusätzliche Verkehrssicherheit, die Neuerschliessung eines Industrieareals und ein neues Wohngebiet bringen. Seine Fraktion sei der Meinung, dass die Strasse so gebaut werden solle. Anwänderbeiträge sind immer unangenehm. Man solle dies aber klar beim Namen nennen. Wenn man ehrlich sage, was man wolle, könne er damit leben, aber nicht mit dem Text, mit dem die Petitionäre die Ergreifung des Referendums angedroht hätten.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) hält fest, die Anträge des Stadtrates und der BPK lauteten gleich.

://: 1. Der Bruttokredit von CHF 2'720'000.- für das Projekt Ausbau Heidenlochstrasse (Kasinobrücke bis Cheddite) wird grossmehrheitlich bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung genehmigt.

://: 2. Der Bau- und Strassenlinienplan Mutation Heidenlochstrasse (Kasinostrasse bis Chedite) wird grossmehrheitlich bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung genehmigt.

185 B.2.C. Bestattungswesen, Friedhofverwaltung - Vorschriften, Reglemente
10. Bericht des Stadtrates betreffend Bestattungs- und Friedhofreglement, Teilrevision – Aufnahme von Doppelerdbestattungsgräbern (Nr. 2006/109a)

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) gibt bekannt, sie stelle einen Antrag auf Überweisung des Bestattungs- Friedhofreglements an die GoR.

://: Das Bestattungs- und Friedhofreglement wird einstimmig an die GoR überwiesen.

Schlussbemerkungen

Franz Kaufmann (SP) informiert, als Präsident des Stiftungsrates des Dichter- und Stadtmuseums teile er mit, dass der Museumsleiter Hansruedi Schneider im Sommer 2008 in Pension gehe. Dr. Markus Ramseier werde neuer Museumsleiter.

Schluss der Sitzung: 19.40 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Präsidentin

Marie-Theres Beeler

Die Ratsschreiberin

Beate Kogon